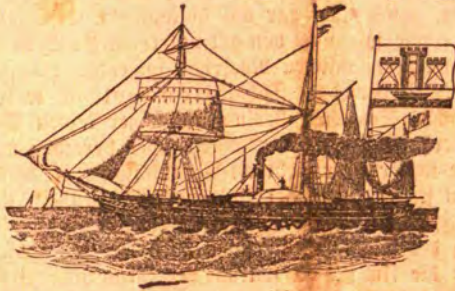


# Memeler Dampfboot.

„Memeler und Grenz-Zeitung.“

Erscheint täglich Morgens  
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-  
und Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis  
pränumerando 3 Mark,  
mit Botenlohn sowie bei allen Postanstalten  
3 1/2 Mark.  
Für Rußland 3 Rubel pro halbes Jahr.



Anzeigen werden für den Raum einer Corpus-  
Spaltzeile von Abonnenten mit 15 R.-Pf.,  
von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit  
20 R.-Pf. berechnet.

Reclamen pro 1spaltige Petitzeile 25 R.-Pf.

Anzeigen, für die folgende Nummer bestimmt,  
sind **spätestens** bis Nachmittag 2 Uhr  
einzuliefern.

Belag-Exemplare kosten 10 R.-Pf.

№ 27.

Memel, Sonnabend, den 1. Februar.

1879.

## Die Abdankung Mac Mahons.

Der Marschall Mac Mahon, dessen ruhmreiches Schwert den monarchischen Parteien die Bürgschaft geben sollte, daß die Republik nur auf einer Schwertschärpe balanciren würde, der Herzog von Magenta hat seine Demission gegeben. „Wenn der Mantel fällt, muß auch der Herzog mit;“ und Mac Mahon ist kein Fiesco und Gambetta kein Verrina, welcher ihn am Herzogsmantel zerren möchte, aber der Herzog wollte fallen, ohne daß sein Mantel gefährdet wäre. Ob sich wohl der Marschall je eingebildet haben mag, daß er Präsident einer vom Lande gewollten, historisch berechtigten Republik darum geworden ist, damit er dieselbe stütze oder gar glorifizire. Wir wollen den Marschall vor dieser Insinuation schützen. Seine Ziele waren gewiß höhere, und wer wollte es einem im militärischen Dienste groß gewordenen kaiserlichen Diener verargen, wenn seine Phantasie von den liebgeordneten monarchischen Traditionen sich nicht zu trennen vermag? Indes seine Schwäche wie seine Ehrlichkeit befähigten ihn nicht zum Staatsstreich. Die Republik konnte eine ernstliche Befürchtung nach dieser Richtung hin wohl kaum hegen, schon darum nicht, weil sämtliche monarchischen Parteien mit dem Sieger von Magenta coquettierten. Er wählte statt des Staatsstreiches den Präsidentenstuhl und wurde allen seinen ehrlichen und unehrlichen Freunden gerecht.

Der definitive Sieg der Republik, welcher durch die Senatswahlen des 5. Januar errungen war, hat dem Marschall wohl schon die Unhaltbarkeit seiner Stellung nahegelegt. Wir meinen nicht, daß sein Verbleiben der Republik irgendwie hätte schaden können, aber der Marschall selbst hat gewiß diese patriotische Gesinnung gehabt. Als das Cabinet Dufaure in seinem Programm wenigstens die Möglichkeit eines ernstlichen Willens, den Forderungen der consolidirten Republik gerecht zu werden, aussprach, und im weiteren Verlauf der Dinge auch diese Forderungen durchgesetzt zu werden anfingen, da hörte man noch nichts von Demissionsgelüsten des Präsidenten der Republik. Das Verbleiben des Ministeriums Dufaure, die Möglichkeit des weiteren Fortbestehens desselben durch das Vertrauensvotum des Centrums, die Stimmen der Presse des In- und Auslandes, welche dem Cabinet Dufaure Glück wünschten, dies Alles ließ wohl den Marschall hoffen, mit Hilfe des Cabinets der Armee Frankreichs in den conservativen Armeecorpscommandanten die vermeintlichen Garantien für die spätere monarchische Wohlfahrt des Landes erhalten zu sehen.

Sedoch die Concessionspolitik Dufaure's mußte entweder den Rahmen der bis vor dem 5. Januar verfolgten Minimalconcessionen verlassen, oder sie unterlag dem Ansturm der Union républicaine, deren Führer Gambetta die Hilfe der Radicals jetzt wieder in Anspruch nahm. Der Widerstand gegen die „Reinigung“, welche die Republikaner besonders in der Armee vollzogen sehen wollten, ward um so haltbarer, als es sich hier neben der energischen Absicht der Reinigung auch um die Erfüllung von Bestimmungen des Armeearbeitsgesetzes handelte. Diese Bestimmungen beschränken die Dauer des Commandos eines Armeecorps auf eine gewisse Zeit, allerdings mit dem Vorbehalt, daß außerordentliche Umstände ein längeres Verbleiben der Commandeure ermöglichen können. Der größte Theil der Armeecorpscommandanten ist schon über die gesetzliche Dauer der vorgeesehenen Zeit hinaus, und es unterliegt keinem Zweifel, daß nach dem Gesetze die betreffenden Generale zur Disposition gestellt werden.

Die Republikanisirung der Armee ist die ungestümste Forderung der neuen Republik, und nicht ohne Grund hat Gambetta sich der Leitung des militärischen Blattes „l'Armée Française“ bemächtigt. Es war deshalb anzunehmen, daß ein Widerstand des Marschalls gegen weitere Jurisdictionen, welche besonders den Herzog von Numale nicht im Dienste belassen könnten, seine Stellung unmöglich machte durch die Art der Motivirung eines Widerstandes. Diese Motivirung konnte schlechterdings nur in einem Mißtrauensvotum gegen die Fähigkeit der Republikaner bestehen, als ob dieselben die Kraft der Armee nicht intact lassen könnten. Es ist gewiß ein gefährliches Ding, vor Allem auf die politische

Gefinnung einflußreicher Männer zu sehen, denn zu leicht treten dabei Rücksichtslosigkeiten gegen Anciennetät und Verdienst in den Vordergrund. Indes ein zeitiges Nachgeben in den Forderungen der Republik wird die später zu befürchtende Maßlosigkeit derselben verhindern und das Ungeßüm mildern.

Der Marschall Mac Mahon handelte consequent in der Verachtung der Republik, aber diese Verachtung war harmlos, denn sie kam vom einem Manne, welcher der schwache Vertreter eines überwundenen Prinzips ist. Sein Rücktritt ist keine Schädigung für die Entwicklung der Französischen Republik, weil die herrschende Verwirrung durch Spaltung des Centrums von der Union durch sein Verbleiben nur vermehrt werden konnte. Die Drohung war also ernst, welche Mac Mahon am Dienstag im Ministerium aussprach. Frankreich wird jedoch nur auf Kosten einer momentanen Aufregung um einen Mann ärmer werden, dessen schöne Uniform an die schönen Tage napoleonischer Polizeiherrschaft erinnerte.

## Politische Ueberflucht.

r. Memel, den 31. Januar.

Im Abgeordnetenhaus verlas am 29. vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. v. Ludwig ein Schreiben der Erholungs-Gesellschaft in Bonn worin die bekannte Karnevals-Affaire nur als harmloser Scherz dargestellt wird. Redner verlangt trotzdem eingehende Untersuchung. Das Haus genehmigt darauf zunächst in dritter Verathung das Ausführungs-gesetz zum Gerichts-fostengesetz. — Es folgt die Verathung des Antrages Freund betreffend die Oberregulirung. Und hierauf folgte der Antrag des Abg. Windthorst-Weppen auf Wiederherstellung der Artikel 15, 16 und 18 der Verfassung, den der Abg. Reichensperger in längerer Rede und in der hundertmal gehörten Weise begründete. Ihn secundirte ohne irgend welche neue Gesichtspunkte der Abg. Windthorst-Weppen. Unter sämtlichen Parteien außer dem Centrum und seinen Affiliirten bestand Einvernehmen, über diesen unnützen Antrag zur einfachen Tagesordnung überzugehen, und Abg. Oneist begründete in längerer Rede den Standpunkt der Majorität, indem er den Ursprung und Zweck der Aufhebung jener Verfassungsartikel nachwies, sowie die Unmöglichkeit für den Staat, auf den vom Centrum vorgezeichneten Weg zu einem ehrenvollen dauerhaften Frieden zu gelangen. Der Uebergang zur Tagesordnung wurde mit überwältigender Majorität angenommen.

Es ist bei uns jetzt von nichts Anderem die Rede als von der Pestepidemie. Ob hierin nicht auch zu viel gethan und gesprochen wird? Thatsache ist es ja, daß man gegen eine Epidemie so schrecklicher Art, wie die Pest es ist, nicht vorsichtig genug sein kann und die Reichsregierung läßt hierin nichts außer Acht. Aber über die Schnelligkeit, mit der die Epidemie sich verbreitet, über die Gewalt, mit der sie um sich greift, sind denn doch gar zu abenteuerliche Gerüchte verbreitet. Thatsache ist, daß die Epidemie seit dem Beginn des Serbisch-Türkischen Krieges in den Osmanischen Staaten herrschte und drei Jahre brauchte, ehe sie nach Rußland sich verpflanzt hat. In der Türkei ist aber von besonders sorgfältigen Sanitätsmaßregeln, von Quarantaine und dgl. nicht die Rede gewesen und der Krieg ist doch wahrlich auch kein Schutzmittel gegen die Verbreitung der Epidemie. Diese tröstliche Thatsache kann uns natürlich nicht veranlassen, irgend eine gebotene Vorsichtsmaßregel zu verabsäumen, aber überflüssige, übertriebene Befürchtungen soll sie fernhalten. Berühmend muß übrigens auch die Ankunft der bedeutendsten Epidemie-Autorität, des Professor Pettenkofer aus München, in der Reichshauptstadt wirken. Die Reichsregierung war es, die ihn zur Theilnahme an den Verathungen der Epidemie-Commission berief.

Einen vollen Monat dauern nunmehr die Russisch-Türkischen Friedensunterhandlungen, und um die Verzögerung ihres Abschlusses zu erklären, wird Tag für Tag eine neue Version in die Welt gesetzt. Heute berichtet man, es sei der Pforte von den Russischen Unterhändlern der völlige Erlaß der Kriegsschädigung in Aussicht gestellt worden, falls sie ihren Widerspruch gegen die Vereinigung Ost-Rumeliens mit Bulgarien aufgeben. Begreiflich wäre es nun schon, daß das Petersburger

Cabinet die Pforte in diese Versuchung führt; allein auch in London hat man ein Wörtlein dazuzureden, wenn es sich um die Durchlöcherung des Berliner Vertrages handelt. Und an der Newa weiß man dies sehr gut, denn Graf Schwalow arbeitet mit einem fieberhaften Eifer, um Lord Beaconsfield in eine Zwangslage zu drängen. Während er einerseits aussprengen läßt, man sei neuerdings daran, die beiderseitigen Macht-sphären in Asien vertragsmäßig abzugrenzen, inspirirt er andererseits gewisse Oppositions-Blätter zu den heftigsten Angriffen auf das Cabinet, bei dem er beglaubigt ist. Dieses Verhalten erregt an der Themse mit Recht eine nicht geringe Verstimmung gegen den Russischen Botschafter.

Von der Candidatur des Prinzen Neuf für den Bulgarischen Fürstenthron ist es wiederum stille geworden. Man sagt, die Gemahlin des Prinzen habe es wenig begehrt, ihr Domicil von Wien nach Tirnowa zu verlegen. Indessen dürften auch politische Gründe mitgewirkt haben, um dem Prinzen eine Ablehnung zu erleichtern. Die Augsburger Allgemeine Zeitung meint heute, es passe auf den Bulgarischen Thron nur eine im Phanar gebildete Persönlichkeit oder auch irgend ein junger Sekonde-Lieutenant, der abwarten kann, wohin ihn die Verhältnisse stoßen, und der im Boraus die Vormünder acceptirt, welche der Russische Hof ihm stellen werde. Das dürfte das Richtige sein. In der That tauchen von neuem Candidaturen des Generals Ignatiew und des Fürsten Dondukow-Korsakow in der Diskussion auf, und dies sind mehr oder minder auch Sekonde-Lieutenants — des Panlavisimus.

Der gestrige 30. Januar wird voraussichtlich für die Französische Republik eine ähnliche Bedeutung erlangen, wie die ominösen Tage der Juli-Revolution und der stürmische Februar von 1848. Frankreich hat über Nacht einen neuen Präsidenten erhalten, der nicht bloß Militärdictator, sondern wirklicher Präsident der Republik ist. Das Cabinet Dufaure hat sich beeilt, seine den Versailler Kammern und dem Lande am 16. und 21. Januar gemachten Versprechungen einzulösen. Es hat Veränderungen in Verwaltungs-Personale vorgenommen und in der Magistratur angebahnt und schließlich auch Veränderungen in den großen Militär-Commanden in Vorschlag gebracht. Hierbei hat es sich herausgestellt, daß die Hindernisse, welche der Republikanisirung des offiziellen Frankreich entgegenstehen, durchaus nicht von dem greisen Cabinets-Chef oder irgend einem seiner Minister-Collegen, sondern von dem Marschall Mac Mahon selbst ausgegangen sind, der noch immer unter dem Einflusse der im Elisee maßgebenden clerical-monarchischen Clique steht und persönlich viel zu engherzig und besangen war, um sich auf die Rolle eines constitutionellen Präsidenten der Republik zu beschränken. Der sowohl auf dem Schlachtfelde als auch auf dem politischen Terrain unzähligmale glorreich Besiegte, dessen enger Ideentkreis sich in dem Raume zwischen Kaserne und den Antichambres der Tuilerien bewegt, hat in so manchen Punkten nachgegeben und sich als besiegt erklärt. Der Gedanke jedoch, daß nun auch die Armee, die letzte Hoffnung der Staatsstreichmacher, in ihren Spitzen republikanisirt werden soll und daß vielleicht selbst Se. Königliche Hoheit der Duc d'Almale dem Gesetze zum Opfer fallen soll, ging dem Marschall nicht ein. Die Frage der großen militärischen Commandos war es demnach, welche dem Fasse den Boden ausschlug. Als die Minister Mac Mahon das betreffende Decret vorlegten, erklärte er, daß er solche Beschlässe nicht annehmen könne und es verweigere, die Armee zu desorganisiren; er überlasse eine solche Verantwortung Anderen. Mit diesen Worten soll der Marschall den Verathungssaal verlassen haben. Die Minister wählten den constitutionellen Weg, indem sie sich angesichts der Weigerung des Marschalls mit den Führern der republikanischen Kammer-Majoritäten in Verbindung setzten. Diese erklärten, den Marschall nicht stürzen, aber dessen Demission annehmen zu wollen. Gleichzeitig forderten sie die Minister auf, auf der Unterschrift Mac Mahon's zu bestehen. Wie gemeldet wurde, wollen die Minister im Falle der abermaligen Weigerung des Marschalls den Kammern die Situation darlegen und ihre

Demission geben. Sowohl der Senat als die Deputirten-Kammer hätten hierauf unzweifelhaft mit einem Vertrauensvotum für das Cabinet Dufaure antworten und dann Mac Mahon zum Rücktritte zwingen müssen. Angesichts der Thatsache, daß er im kommenden Jahre wohl kaum wiedergewählt werden dürfte, ist der Marschall dieser Thatsache zugekommen und ist zurückgetreten. Für Frankreich ist die Demission Mac Mahon's ein wahres Glück. Erst durch die Wahl eines wirklich republikanischen Präsidenten wie Grevy, ist jene Harmonie zwischen der Executiv-Gewalt und den legislativen Factoren hergestellt, ohne welche das Land niemals zu einer dauernden Ruhe und Prosperität gelangen kann.

### Deutsches Reich.

□ Berlin, 29. Januar. Mitten in der wirtschaftlichen Deroute, mitten im Nothstand, im Niedergang von Handel und Gewerbe, mitten im wachsenden Elend müßte es eigentlich tröstlich und erfreulich wirken, daß mindestens ein Industriezweig in vollster Blüthe steht. Wenn nur dieser eine Industriezweig nicht ein gar so obdieser, ein gar so fataler wäre. Es ist nämlich die Fabrikation falscher Nachrichten. Die ist gerade jetzt im schwinghaftesten Betrieb, und es ist doch jetzt nicht die Zeit der politischen Dürre, nicht die Erntezeit für Phantasienotizen. Am üppigsten gedeihen die Erfindungen in Bezug auf die Ausführung des Sozialistengesetzes, auf die Handhabung des „kleinen Belagerungszustandes“ in Berlin und auf die Ausweisungen. Ein recht drastisches und recht lustiges Beispiel dafür, wie complicirt und verzweigt diese Erfindungen sind, wollen wir hier anführen. Vor Wochen meldeten Berliner Blätter, unter den, auf Grund des Sozialistengesetzes Ausgewiesenen befände sich auch ein Herr Dr. Stamm. Andere Blätter fügten hinzu, Dr. med. Stamm sei kein Sozialdemokrat. Kurz darauf brachten die Zeitungen, welche offiziöse Notizen erhalten und andere, mit der ausdrücklichen Bezeichnung „offiziös“ etwa die folgende Nachricht: „Bei Gelegenheit der Ausweisung des Dr. Stamm aus Berlin ist von oppositiven Blättern behauptet worden, er sei gar kein Sozialdemokrat. Wie falsch diese Behauptung war, daß erhellt aus der Motivirung, mit der die Reichsbeschwerde-Commission den Recurs des Dr. Stamm wegen Verbots seines Buches zurückwies und das Verbot bestätigte.“ Herr Dr. Stamm sendet nun einem Berliner Blatte aus Zürich Berichtigung ein. Danach ist er erstens gar nicht ausgewiesen worden, sondern hat schon im Juni 1878, also lange vor Erlass des Sozialistengesetzes, Berlin verlassen, und bleibenden Aufenthalt in Zürich genommen. Zweitens hat er gegen das Verbot seines Buches überhaupt nicht appellirt oder appelliren lassen, drittens hat also die Reichsbeschwerde-Commission seinen Recurs nicht zurückweisen können. Einen ähnlichen Rattenkönig von falschen Nachrichten haben einige Blätter an dem Welfenfonds geknüpft. Da melden einige, die Preussische Regierung würde noch in der gegenwärtigen Session im Landtag eine Vorlage einbringen, welche die Ueberführung der beschlagnahmten Fonds in die Preussische Staatskasse bezweckt. Daran ist natürlich kein wahres Wort. Jetzt weniger als je denkt die Preussische Regierung an solch einen Schritt. Jener falschen Nachricht widerspricht aber schnurstracks eine andere. Danach sollen von Kopenhagen aus Unterhandlungen über eine Verständigung zwischen der Preussischen Regierung und dem Herzog von Cumberland geführt werden, soll eine Einigung in Bezug auf den Welfenfonds, auf die Braunschweigische Erbfolge und auf die Ansprüche an Hannover dem Abschluß nahe gebracht worden sein. Auch diese Notiz trägt den Stempel der Erfindung an der Stirn. Wahr ist nur, daß die Dänische Regierung den Hof von St. Petersburg mit der Bitte anging, er möge eine Vermittelung in dem angegebenen Sinne übernehmen. Der Zar hat nun zwar die Aufgabe übernommen, die aber von ihrer Lösung noch sehr weit entfernt ist. Kaum die ersten Formalien sind erledigt, die ersten Schritte eingeleitet. In dieselbe Klasse der Erfindungen gehören eine ganze Reihe von Nachrichten über die Unterhandlungen zwischen Deutschland und dem Vatikan, über den Cabinetwechsel in Oesterreich, über Reife- oder Rücktrittsgelüste der Königin von England, über die Bulgарische Fürstenwahl etc. Am schlimmsten sind aber die vielen beunruhigenden Erfindungen in Bezug auf die Pest-Epidemie. Hier gesellt sich zum unreinen Speculationsinteresse der Börsen-Basissiers und ihrer Gehilfen noch die Sensationslust hinzu, und beide im Verein versündigen eine Anzahl von beunruhigenden Nachrichten, von Erfindungen, die sie nimmer zu rechtfertigen im Stande sein könnten.

□ Berlin, 29. Januar. Unter den Gästen, welche augenblicklich in Friedrichsruhe beim Reichskanzler weilen, befindet sich auch der Maler Lehnbach aus München. Herr Lehnbach hat von Sr. Majestät dem Kaiser den Auftrag erhalten, das Bildniß des Fürsten Reichskanzler für die Nationalgalerie zu malen. Bei dem hohen Maße von Thätigkeit, welche der Reichskanzler augenblicklich in der ländlichen Zurückgezogenheit ausübt, ist es sowohl für ihn selbst, als auch für den Künstler eine nicht geringe Aufgabe, dem Wunsche des Monarchen zu entsprechen.

Der neuernannte Oesterreich-Ungarische Botschafter am hiesigen Hofe Graf Sozchenyi hat dem Reichskanzler auf seiner Besichtigung in Friedrichsruhe die erste Visite abgestattet. Am Sonntag reiste der Graf von hier dort hin und gestern Abend ist er erst wieder aus Friedrichsruhe zurückgekehrt und heut früh hier wieder eingetroffen. Der Graf ist von der freundlichen Aufnahme, die ihm in der Familie des Reichskanzlers zu Theil geworden, in hohem Maße entzückt. Die längere Dauer des Aufent-

halts des Botschafters in Friedrichsruhe läßt darauf schließen, daß der Reise desselben neben der formellen Bedeutung eines Antrittsbesuches auch noch andere Motive zu Grunde gelegen haben. Der Graf soll dann auch zu wiederholten Malen mit dem Fürsten privatim verhandelt haben.

Wir theilten schon gestern mit, daß die von der „Köln. Ztg.“, der „Nationalzeitung“ und anderen Blättern gebrachte Nachricht, daß das Preussische Staatsministerium sich mit einer Stimme über die Majorität gegen das Tabakmonopol ausgesprochen habe, mindestens auf einem Irrthum, wenn nicht gar auf absichtlicher Erfindung beruht. Wie wir nun von gut unterrichteter Seite hören, liegt jener irrthümlichen Nachricht folgender Vorgang zu Grunde. Ueber das Tabakmonopol ist weder im Preussischen Staatsministerium in seiner letzten Sitzung, noch überhaupt jemals verhandelt oder berathen worden, es hatte weder Herr Hoberg Veranlassung, die Kabinettsfrage zu stellen, noch Herr Maybach Gelegenheit, sich für oder gegen das Monopol auszusprechen. In der letzten Sitzung des Staatsministeriums handelte es sich vielmehr nur um die Frage, ob seitens der Regierung Preußens beim Bundesrath der Antrag gestellt werden solle, ein Gesetz auf höhere Besteuerung des Tabaks zu erlassen, und ob daraufhin ein solches Gesetz von dem Finanzminister ausgearbeitet werden solle. Das Staatsministerium soll sich nun in seiner letzten Sitzung einstimmig für diesen Antrag ausgesprochen und den Finanzminister beauftragt haben, einen derartigen Gesetzentwurf auszuarbeiten. Sofern nun auch ein derartiger Antrag seitens der Preussischen Regierung beim Bundesrath gestellt wird, so ist damit die Frage der Einführung des Monopols durchaus gar nicht präjudicirt — selbst nicht einmal, wenn sich der Bundesrath und selbst der Reichstag für die Annahme eines solchen Gesetzes aussprechen sollten, welches den Tabak mit einer höheren Steuer belegt. Noch viel weniger ist aber durch die Annahme eines solchen Gesetzes das Verlangen nach dem Monopol beseitigt. Diese Frage kann und wird nebenbei auch noch ferner selbständig auf der Tagesordnung behalten werden und durch die Gegner des Monopols trotz der eifrigsten Agitationen nicht so leicht beseitigt werden, da die eiserne Consequenz, mit welcher der Reichskanzler seine Ueberzeugung vertritt, zur Genüge bekannt ist. Im Uebrigen glauben Eingeweihte, daß wir nicht so fern von der Einführung des Monopols stehen, als man von gewisser Seite gern glauben machen möchte. Uebrigens ist es Thatsache, daß schon Vielen, welche sich früher bei den Gegnern des Monopols engagirt hatten, neuerdings eine bessere Erkenntniß gekommen ist, und sie wohl gegebenen Falles nicht mehr an ihren früheren Meinungen festhalten werden.

In Betreff der Arbeiten der Tarif-Revisions-Commission coursieren in der Presse die mannigfaltigsten Mittheilungen, welche alle mehr oder weniger auf Combinationen oder geradezu auf Erfindungen beruhen. Wie wir hören, werden schon in den nächsten Tagen von maßgebender und unterrichteter Stelle aus über diese und die damit in Verbindung stehenden anderen wirtschaftlichen Fragen genaue Mittheilungen über den Stand der Dinge in die Oeffentlichkeit gelangen.

### Amerika.

Panama, Ende December. Am 27. d. wurde hier ein Aufrührer gegen die jetzige Regierung versucht, der aber schon vorher verrathen war und daher sofort unterdrückt wurde. Penna, der Gouverneur des Districts, und zwei seiner Leute wurden getödtet und mehrere verwundet. In Panama hat unglücklicher Weise der Pöbel die Oberhand; doch scheint der gegenwärtige Präsident des Staates, General Correo, der Mann zu sein, ihn in Schranken zu halten. Die von der Peruanischen Regierung angestellten eifrigen Nachforschungen führten zur Entdeckung einer Verschwörung unter den Unteroffizieren des zu Cajamarca stehenden Linien-Regiments Puno Nr. 6. Der Rädelsführer wurde verhaftet und das Regiment in kleinen Abtheilungen auf verschiedene Plätze des Departements vertheilt. Am nächsten Tage, an dem die Nachricht von der vereitelten Verschwörung in Lima eintraf, wurden sieben Sergeanten des Regiments Cazadores de la Guardia, das als Besatzung im Arsenal und Zollhaus von Callao lag, ebenfalls wegen Verschwörung verhaftet. Ein Theil der übrigen Regimente hat dem Präsidenten höchst patriotische und lokale Adressen eingeschickt, und man kann nummehr hoffen, daß durch die rechtzeitige Verhaftung der Verschwörer alle Gefahr beseitigt ist. Trotzdem ist die Regierung auf ihrer Hut.

### Neueste Nachrichten.

Berlin, 30. Januar. Gestern Vormittag empfing der Kaiser mehrere höhere Officiere und nahm die Vorträge der Hofmarschälle und des Geh. Hofraths Wort entgegen. Demnächst arbeitete der Kaiser mit dem Geh. Cabinetrath von Wilmowsky und ertheilte um 1 Uhr dem Grafen Wilhelm von Schwerin und dem Grafen Zietzen-Schwerin, welche die Geschichte der Familie Schwerin überreichten, die nachgesuchte Audienz. Die verstärkte Budgetkommission hat das von der Regierung vorgeschlagene Richter Gehalt für die Präsidenten des Oberlandesgerichts von 11,400 auf 14,000 Mk., und das Maximum des Gehalts der Oberlandesgerichtsräthe von 6000 auf 6600 Mk. erhöht. Die Sitzung dauert fort. — In den bisherigen Berathungen des Justizauschusses des Bundesrathes sind für das Gesetz, betreffend die Strafgewalt des Reichstages über seine Mitglieder, nur einige Modifikationen empfohlen worden. — Gegenüber

den abschwächenden Darstellungen einiger Blätter kann versichert werden, daß die Staatsregierung sich sehr ernst mit der Frage des Welfenfonds beschäftigt. — Der Landwirtschaftsrath hat eine Resolution gegen die Besteuerung des Tabaks nach Gewicht angenommen und zur Vermeidung einer schweren Schädigung des Tabaksbaues vorgeschlagen, den Rohtabak einer Gewichtsteuer zu unterwerfen, die erst beim Eingang des Tabaks in die Fabrik fällig wird. Das Monopol sei der vorgeschlagenen Gewichtsteuer vorzuziehen. Friedenthal sympathisirt mit diesen Beschlüssen. — Der Referent des Justizauschusses im Bundesrath über das Gesetz, betreffend die Strafgewalt des Reichstages, ist der Hessische Gesandte Reibhardt.

— [Berliner Börse vom 29. Januar.] Die Börse war auch heute anhaltend lustlos. Die Course zogen zwar in Folge einiger Deckungskäufe etwas an, doch blieb die Contremine vorherrschend.

Wien, 29. Januar. Meldung der „Polit. Corr.“ aus Konstantinopel: Der Abschluß des definitiven Friedensvertrages wird noch immer namentlich dadurch verzögert, daß in Betreff der Abfassung des Artikels 11 ein Einverständnis noch nicht erzielt werden können. Auch bezüglich des Zeitpunktes der Bezahlung der Entschädigung für den Unterhalt der Türkischen Kriegsgefangenen hat noch keine Einigung herbeigeführt werden können. — Dagegen erhält sich das Gerücht, daß eine Vereinbarung darüber stattgefunden hat, daß 35 Tage nach der Unterzeichnung des Vertrages die Räumung des Türkischen Gebietes von Seiten der Russischen Truppen vollzogen sein müsse.

St. Petersburg, 30. Januar. Nach einem heutigen Telegramm des Gouverneurs von Astrachan befinden sich in Staniza, Welskanka und Umgegend keine Kranke mehr, dagegen sind diebehalts der Wolga in Silistren seit dem 27. d. M. drei Personen, welche zu Erkrankten Beziehungen hatten, von der Epidemie ergriffen worden. Der Gouverneur von Saratow telegraphirt, daß Schutzmaßregeln: Isolirung, Absperrungscordon und Desinfection des ganzen Gouvernements Saratow, namentlich der Astrachanischen Grenze ergriffen worden sind.

Paris, 29. Januar. Voraussichtlich geben die Minister morgen den Kammern eine Darlegung der Situation. In parlamentarischen Kreisen meint man, das Votum der Kammern, womit diese die von dem Ministerium vorgeschlagenen Decrete, betreffend die Militärcommandos, genehmigen, werde die Demission Mac Mahons zur Folge haben. Es gilt als wahrscheinlich, daß in diesem Falle der Congress morgen Abend oder Freitag zusammentritt.

— 30. Januar. Gutem Vernehmen nach findet heute in Versailles unter dem Vorsitze Mac Mahons ein Ministerrath statt. Mac Mahon besteht auf der Weigerung, die Decrete, betreffend die großen Militärcommandos, zu unterzeichnen. Es heißt, die gegenwärtige Lage würde den Kammern entweder mittelst einer Botschaft oder einer Interpellation dargelegt werden. Wenn das Votum der Kammern zur Demission Mac Mahons führt, gilt die Wahl Grevys als wahrscheinlich, da Dufaure die Candidatur abgelehnt hat.

— „Republique française“ bespricht die Krisis und schreibt, die persönliche Gewalt Mac Mahons könne vielleicht schon mit dem heutigen Tage zu Ende gehen, von dem Moment ab, wo eine solche Eventualität eintreten könne, müsse dieselbe auch eintreten. „Figaro“ meldet die Demission der Generale Bourbaki, Bataille und Durbarrail.

London, 29. Januar. Hicks Beach ist als conservativer Deputirter in Cambridgeshire gewählt. „Daily Telegraph“ zufolge wird das Parlament ohne Thronrede eröffnet werden. Beaconsfield und Northcote werden die Politik der Regierung erklären und die neuen Vorlagen ankündigen.

Rom, 29. Januar. Außer dem Meistbegünstigungsvertrag zwischen Italien und der Schweiz wurde zwischen Pioda und Depretis auch eine Erklärung unterzeichnet, nach welcher die Convention vom 22. Juli 1868 betreffend den Schutz des künstlerischen und literarischen Eigenthums, sowie der von demselben Tage datirende Niederlassungsvertrag und die Consularconvention aufrecht erhalten werden. — Zu Ehren der Schweizerischen Deputirten fand bei Depretis ein Diner statt, an welchem sämtliche Minister theilnahmen. Roehlin beabsichtigt morgen nach der Schweiz zurückzukehren.

Bern, 29. Januar. Nachdem Italien auf den Abschluß eines Zollartikels zur Verhinderung des Schmuggels verzichtet hat, ist heute, wie bereits gemeldet, in Rom der Meistbegünstigungsvertrag mit der Schweiz, identisch dem Französisch-Italienischen, unterzeichnet worden; sodann tritt der Conventionaltarif des Oesterreichisch-Italienischen Vertrags in Kraft.

Bukarest, 30. Januar. Dem „Amtsblatt“ zufolge ist der Cours des Silberrubels von 4 auf 3 7/10 Frcs. herabgesetzt.

— In den Kammern ist heute eine Botschaft des Fürsten verlesen worden, in der beiden Kammern eine Declaration betreffs möglicher Abänderung des Artikels 7 der Verfassung zur Erwägung unterbreitet wird. Der Senat wählte ein Siebenerecmité. Abends findet eine geheime Sitzung der vereinigten Kammern statt.

Konstantinopel, 28. Januar. Die hier im Justizministerium zusammengetretene Commission zur Berathung der Justizreorganisation des Türkischen Reichs hat gestern ihre Arbeiten begonnen. Die Commission wird sich zunächst mit dem Entwurf einer Strafprozessordnung beschäftigen. Unter den Mitgliedern der Commission befinden sich Europäische Juristen, welche im Dienste der Türkischen Regierung stehen. — Auf der Pforte finden





# Beilage zu No. 27. des Memeler Dampfboots. „Memeler- und Grenz-Zeitung.“

Sonnabend, den 1. Februar 1879.

## Lb. Hans der Abgeordneten.

40. Plenarsitzung. Mittwoch, 29. Januar.

Präsident v. Bennigsen eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten. Am Ministertische: Handelsminister Maybach und einige Commissarien.

Vor der Tagesordnung verliest Abg. v. Ludwig ein Schreiben der Les- und Erholungs-Gesellschaft in Bonn, in welchem bezugnehmend auf die Rede des genannten Abgeordneten vom 24. d. M. der mehrfach erwähnte Vorfall in dieser Gesellschaft als ein harmloser Karnevalscherz dargestellt wird und als solcher auch von allen Anwesenden aufgenommen worden ist. Namentlich seien bei demselben keine Gewänder verwendet, keine Verlesung religiöser Gebräuche vorgekommen, auch sei der Scherz ohne jede Assistenten von Frauenzimmern vor sich gegangen. — Redner knüpft hieran die Bemerkung, daß er diese Angelegenheit keineswegs für abgeschlossen hält, sondern es für dringende Pflicht des Cultusministers erachtet, durch eine geordnete Disziplinaruntersuchung den Sachverhalt klar stellen zu lassen.

Tagesordnung: I. Dritte Berathung des Entwurfs eines Ausführungs-Gesetzes zum Deutschen Gerichtskosten-Gesetz und zu den Deutschen Gebührenordnungen für Gerichtsvollzieher etc.

Der Gesetzentwurf wird definitiv genehmigt.

II Berathung des Antrages des Abg. Freund und Genossen, betreffend die Regulierung der Oder. Der Antrag geht dahin: die Staatsregierung aufzufordern, in der nächsten Session des Landtages im Anschluß an die Denkschrift vorzulegen, in welcher dargelegt wird, welche Mittel im Laufe der letzten Jahre für die Fortführung der Oderregulierung aufgewandt, welche Erfolge dadurch erreicht sind und in welcher Weise nach dem Plan der Staatsregierung vorgegangen werden soll, um in möglichst kurzer Zeit das Werk zu Ende zu führen.

Abg. Freund: Er trete mit einer alten Klage vor das Haus. Dieselbe habe in fast jeder Session dasselbe beschäftigt, die beklagenswerthe Situation der Oderregulierung sei aber noch immer dieselbe, obwohl diese Angelegenheit von beiden Häusern des Landtages als solche bezeichnet werde, die alle Sympathien für sich hat, trotzdem man sich von allen Seiten bemüht hat, die Angelegenheit in Fluß zu erhalten. Es handelt sich nicht um ein partikuläres Interesse, sondern um ein Staatsinteresse, um eine staatliche Pflicht. Redner weist darauf hin, daß die Herstellung einer regelmäßigen Dampfschiffahrt stets daran gescheitert, daß an einzelnen Stellen die Oder nicht fahrbar sei. Auch sei zur vollständigen Oderregulierung die Hafenanlage in Breslau eine unbedingte Nothwendigkeit, die aber ohne Beihilfe des Staates nicht ausführbar ist.

Regierungs-Commissar Geh. Rath Schönefeld erwidert, daß in der zu erwartenden Denkschrift die Gründe enthalten sein werden, welche die Verzögerung dieser Angelegenheit herbeigeführt haben. Das gegenwärtig befolgte System der Oderregulierung habe übrigens allseitig Anerkennung gefunden. Es gehe das aus zahlreichen Zuschriften hervor, in welchen seitens verschiedener Schiffsahrtsgesellschaften der Regierung Dank für die Sorgfalt ausgesprochen wird, mit der die Arbeit durchgeführt werde. Es sei auch unzweifelhaft, daß die Oderregulierung die besten Fortschritte gemacht. Aber sie könne nicht in einer solchen Weise durchgeführt werden, wie die Ausführung eines Kanals oder einer Eisenbahn. Die Regierung werde der Angelegenheit stets dasjenige Interesse zuwenden, welches die Wohlthat der Provinz Schlesien und der übrigen betheiligten Provinzen fordere.

Abg. Schmidt (Stettin) verspricht sich von der Vorlegung einer Denkschrift gar nichts und verweist in Bezug auf das gegenwärtig zur Anwendung kommende Regulierungssystem auf mehrere Klagen der Schiffer, welche mit den gehörten Ausführungen des Regierungs-Commissars wenig übereinstimmen. Mit Recht habe der Antragsteller das Staatsinteresse an der Sache hervorgehoben; das sei aber am klarsten dadurch zu bestätigen, daß man mehr Mittel für diesen Zweck zur Verfügung stelle, um die Sache zu fördern.

Abg. Dr. Hammacher hält den Antrag für völlig gerechtfertigt; aber die geforderte Denkschrift dürfe sich nicht bloß auf die Oderregulierung beschränken. Er verlange Mittheilungen über den Stand der Korrekturen vaterländischer Flüsse überhaupt, denn Klagen, wie sie hier über die Oder geführt werden, würden allenthalben laut. Die Klagen richteten sich speziell gegen das System, in welchem die Regierung bei diesen Regulierungsarbeiten vorgehe. Zu diesem System müsse das Haus Stellung nehmen.

Handelsminister Maybach erkennt diese Anregung als berechtigt an. Er trage keine Bedenken zu erklären, daß dem nächsten Landtage eine Uebersicht über den Fortgang der Korrekturen an den einzelnen Strömen vorgelegt werden solle. (Bravo).

Abg. Dr. Meyer (Breslau) schließt sich den Ausführungen des Antragstellers überall an und weist feinerseits noch darauf hin, daß die Oder bei Crotten

am schlechtesten ist. Die Diskussion ist geschlossen und der Antrag fast einstimmig angenommen.

III. Berathung des Antrags Windthorst (Meppen) auf Annahme eines Gesetzentwurfs betreffend die Herstellung der Art. 15, 16 und 18 der Verfassungs-Urkunde.

Zur Begründung des Antrags erhält das Wort der Abg. Reichensperger (Olpe). Nachdem das Haus unseren früheren Antrag bezüglich der klösterlichen Genossenschaften durch einfache Tagesordnung beseitigt hat, zweifle ich nicht, daß auch zu dem gegenwärtigen Antrage ein ähnlicher Antrag in Bereitschaft gehalten wird. Es ist das ja das einfachste und bequemste Mittel, nicht allzulange unbequeme Beratungen hören zu müssen. (Sehr wahr! im Centrum.) Solche vorher gefasste Beschlüsse können aber schwerlich Effect haben. Wir sind an eine solche Behandlung der Materie gewöhnt, wir finden das aber nicht gut und schön über die katholischen Staatsangehörigen in dieser Weise verhandelt zu sehen. Allein ich kann Ihnen im Voraus sagen, daß durch eine derartige absichtliche Behandlung katholischer Angelegenheiten wir nicht im allernindesten erschlüsselt werden. Aber wir haben nichtsdestoweniger geglaubt, Seitens der Majoritäts-Parteien des Landes einen Beschluß darüber herbeizuführen, wie sie über die Folgen des Culturkampfes denken. Wir wollen hier klarstellen, ob die Vertreter des Volkes die Ansichten und Ueberzeugungen, wie sie im Lande bestehen, zur Geltung bringen wollen. Die Frage ist namentlich für uns von hoher Bedeutung, weil wir glauben die Ueberzeugung gewonnen zu haben, daß nicht bloß das Preussische, sondern auch das Deutsche Volk die Nothwendigkeit der alsbaldigen Beendigung des Culturkampfes wünscht, weil wir die Meinung gewonnen haben, daß das Preussische und das Deutsche Volk die gegenwärtige Zersplitterung der Bevölkerung in zwei scharf gesonderte sich gegenüberstehende Theile für ein Unglück hält, daß dadurch die Kraft der Kirche und der Religionsgesellschaften gelähmt und die Verwilderung und Entchristlichung der Bevölkerung gefördert wird. Das ist der Ausgangspunkt aus welchem dieser Antrag hervorgegangen ist. Wir wollen einen positiven oder negativen Beschluß herbeiführen. Wir — meine Freunde und ich — wünschen die Wiederherstellung des kirchlichen Friedens, obgleich sonderbarer Weise die Behauptung aufgestellt ist, wir wollten das Gegenteil, wir wollten die Wiederherstellung des Friedens behindern, und dafür sollte gerade dieser Antrag ein Beweis sein. Auf welchem Wege kann denn die Wiederherstellung des Friedens gedacht werden? Mehr als zwei Wege kann es nicht geben: entweder durch ein Uebereinkommen mit dem Römischen Stuhle oder durch Wiederherstellung der beseitigten Verfassungsartikel. Wir sind der Meinung, daß der einfachste, schnellste und sicherste Weg der ist, den wir vorschlagen. Wenn aber der Minister erklärt, daß erst dann an eine Revision der Maigesetze gedacht werden könne, wenn Bischöfe und Priester diese Gesetze als bindend anerkennen, so sind wir allerdings von diesem Frieden noch weit entfernt. Es ist ganz richtig, wenn der Reichskanzler den Weg der Verständigung über Rom sucht, denn dort können sich Constellationen schaffen lassen, von denen weder der Kultusminister noch die Reichsmajorität dieses Hauses eine Ahnung hat. Er sei der Meinung, daß gerade dem Reichskanzler darum zu thun sei, die Selbstständigkeit der Kirche aufrecht zu erhalten. Darum müsse aber auch die Kirche ihre Angelegenheiten selbst regeln. Gebe man sich doch nicht einer trügerischen Hoffnung hin, daß das katholische Volk durch die Maßregeln der Maigesetze von seinem Festhalten an den bisherigen Prinzipien abgebracht werden könne. Was zunächst die älteren Generationen anlangt, so sei die fest in ihrem Glauben an die Kirche und habe die Erfahrung, daß der Widerstand gegen diese Ausnahmengesetze auch in der Passivität für sie von Erfolg sei. Der Kultusminister wird wohl einsehen, daß der Widerstand dieser Kleinen Majorität der Centripartei trotz der Bestimmungen der Maigesetze nicht gebrochen worden. Jeder Staatsmann müsse doch aber auch den Werth eines Gesetzes berechnen nach dem Nutzen, welchen dasselbe erzielt habe. Von Nuzeneffekt könne doch aber bei den Maigesetzen gar keine Rede sein. Man habe Bestimmungen aus der Verfassung herausgestrichen, welche wohlwogener in das Grundrecht des Preussischen Staates aufgenommen, aufgenommen von jenen Männern der Wissenschaft, welche durch reife Erfahrung erkannt haben, welcher Werth die kirchliche Freiheit für die politischen Freiheiten habe. Die Aufrechterhaltung der kirchlichen Freiheiten sei ein besserer Uligableiter gegen die Ausschreitungen der großen Masse. Thun Sie nach Ihrem Gewissen; stellen sie aber die aufgehobenen Artikel 15, 16 und 18 der Verfassung wieder her, so werden Sie dem Staate einen wesentlichen Dienst leisten.

Der Präsident theilt mit, daß von einer Anzahl Mitgliedern (Dr. Gneist, Dr. Virchow, Graf Limburg-Sturum etc. ein Antrag eingegangen sei, über den Antrag Windthorst und Genossen zur Tagesordnung überzugehen. (Aha! und ironisches Bravo! im Centrum).

Abg. Dr. Gneist befragt diesen Antrag. Die Artikel 15, 16 und 18 enthielten eine Zweideutigkeit,

die vom Gesetzgeber anerkannt sei und Jahrzehnte hindurch schädlich gewirkt habe, diese Artikel wieder herzustellen, hieße diese Zweideutigkeit zur Herrschaft bringen. Das gehe nicht an. Wir dürfen dem Staat nicht unerfüllbare Bedingungen stellen, deren Annahme derselbe moralisch nicht verantworten kann; solche unannehmbare Anträge durchkreuzen nur die schwebenden Verhandlungen zwischen Rom und dem Staat.

Abg. Windthorst (Meppen). Das Centrum nimmt an diesen Verhandlungen keinen Theil; dieselben liegen in der bewährten Hand des friedfertigen Leo XIII. Das Centrum wird sich allen Abmachungen sofort fügen; steht dieser Antrag in Widerspruch mit denselben so zerfällt er natürlich in Nichts; wird er in den Frieden mit aufgenommen, so haben wir etwas Gutes gewirkt. Die Neben des Cultusministers vom Dezember und Januar zeigten, daß der Staat nur den Frieden will, wenn die Kirche sich den Maigesetzen unterwirft. Das ist eine unannehmbare Bedingung. Das Centrum hat als Vertreter des katholischen und protestantischen Deutschland (Widerspruch links); ja wohl auch des Protestantischen: denn ebenso gut wie Sie sich in unsere katholischen Angelegenheiten mischen, können wir uns auch um die Ihrigen kümmern, ich sage, wir haben die Pflicht, sobald wir starke Mißstände entdecken, sie hier vorzubringen und die wahre Freiheit wiederherzustellen. Wenn das Haus durch Annahme der Tagesordnung die Polizeimaßregeln der Maigesetze aufrecht erhalten will, so sieht sehr zu befürchten, daß auch anderweitig die polizeiliche Reaction um sich greift und die Oberhand gewinnt (Sehr wahr! im Centrum). Die Kirche hat die ihr gewährte Freiheit nie zum Schaden des Staates angewandt, die Maigesetze unterbinden aber die kirchliche Freiheit und schädigen die Verfassung der Kirche. Denn man verbietet sogar dem Oberhaupt derselben, sich in die betr. Angelegenheiten zu mischen! So gar protestantische Rechtsteher und auch Herr v. Arnim erkennen diese Unterdrückungen der kirchlichen Freiheit an, dann aber ist bei uns die Handhabung der Gesetze eine außerordentlich rigorose. In Oesterreich z. B. stellt der Staat nicht immer die protestantischen Beamten an, die der katholischen Kirche am meisten feindlich gegenüberstehen, (Auf links, der Handelsminister ist Katholik!) Handel und Eisenbahn haben nichts mit der Religion zu thun. Aber in Bezug auf die Religion darf die Majorität nicht die Minorität beherrschen. Seit dem Tage von Königgrätz haben Sie (zur Linken) die Majorität und benutzen dieselbe gegen uns; ob ihre Majorität grade protestantisch ist, weiß ich nicht, jedenfalls aber nicht katholisch (Heiterkeit). Ruhe und Friede können erst dann wieder in Deutschland eintreten, wenn über religiöse Angelegenheiten Staat und Kirche zusammen entscheiden. Sogar die Fortschrittspartei und der Hauptkulturkämpfer Virchow haben den Antrag auf Tagesordnung unterstügt; Herr Virchow geht über die wichtigste Frage der Gegenwart zur Tagesordnung über! (Große Heiterkeit; Widerspruch des Abg. Windthorst (Bielefeld) Ja, Herr College aus Bielefeld (stürmische Heiterkeit), Sie streben immer Herrn Waldeck nach, ich sage ihnen aber, Sie haben ihn schlecht begriffen und die Nachahmung ist Ihnen nicht geglückt — Die erste Maßregel der Sanitätsbehörden sollte sein die Krankenpflegegenossenschaften zu vermehren und so die inneren Verhältnisse zu bessern. Sie dagegen wollen nur den äußeren Apparat herrichten (Heiterkeit) und wenn das Unglück kommt, was Gott verhüten möge, so müssen wir es ohne die richtige Vorbereitung über uns ergehen lassen. Meine Herren, wenn Sie jetzt zur Tagesordnung übergehen, so besiegeln Sie damit die Gewißheit, daß in nicht zu ferner Zeit auch über Sie zur Tagesordnung übergegangen werden wird. (Stürmischer Beifall im Centrum. Gelächter links).

Das Haus genehmigt darauf mit großer Majorität den Antrag auf Tagesordnung.

Vizepräsident Klotz konstatirt, daß damit der Antrag Windthorst-Meppen gefallen ist.

Persönlich bemerkt Abg. Dr. Virchow: Die Freiheit der Kirche steht allerdings in unserem Katechismus nicht (Aha! im Centrum), wir betonen nur die Freiheit des Individuums. (Gelächter im Centrum).

Abg. v. Minnigerode fragt, ob es zulässig sei, daß nach Erledigung des Gegenstandes noch persönliche Bemerkungen gestattet würden.

Ueber diese Frage entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Die Abgg. Dr. Hänel, Graf Bethusy-Huc und Dr. Virchow geben dem Präsidenten recht, der Antrag auf Tagesordnung sei rein geschäftsmäßig und der Präsident habe formell das Resultat der Abstimmung nicht voraus wissen können. Die Abgg. v. Schorlemer und Windthorst (Meppen) bestreiten das, wollen aber in diesem Falle den persönlichen Bemerkungen freien Lauf lassen.

Darauf bemerkt Abg. Windthorst (Bielefeld) persönlich; diejenigen, die Waldeck nahe gestanden, müssen besser seine Ansichten kennen als die, die ihm als Feinde gegenübergestanden. Uebrigens bitte ich Sie, diesen großen Todten endlich ruhen zu lassen, den zu begreifen Ihr engherziger Standpunkt garnicht zuläßt. (Stürmischer Beifall links. Tumult im Centrum).

